

Leitlinien

Verabschiedet

an der Gründungssitzung vom 25. September 2007

Verantwortung wahrnehmen und respektvoll leben und politisieren

Wir sehen Politik als umfassenden Ansatz zur Mitwirkung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir wollen unsere Verantwortung wahrnehmen und mit unseren knappen natürlichen und finanziellen Ressourcen massvoll umgehen. Ziel ist es, das Nachhaltigkeitsdreieck Umwelt, Soziales und Wirtschaft im Gleichgewicht zu halten. Da wir auch in Zukunft auf eine intakte Umwelt und gesunde Finanzen angewiesen sind, dürfen wir in keinem Bereich auf Kosten zukünftiger Generationen leben.

Der Staat hat die Voraussetzungen zu schaffen, damit auch spätere Generationen so leben können, dass diese nicht Hypotheken aus unserer Zeit abtragen müssen. Dazu wollen wir vor allem mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Lenkungsabgaben arbeiten. Diese müssen Anreize zu verantwortungsvollem Handeln setzen.

Unsere Ziele wollen wir mit einem auf gegenseitigem Respekt beruhendem Umgang untereinander verfolgen. Die Grünliberalen wollen das herkömmliche Links-rechts-Schema überwinden und sachbezogen politisieren.

1. Umwelt

Wir alle sind auf eine intakte Umwelt als Lebensgrundlage angewiesen. Daher verstehen wir Umweltschutz auch als Schutz des Menschen. Das Vermeiden von Umweltschäden sehen wir als wichtigen Beitrag zum Überleben der Menschheit. Wir wollen den Nächsten eine lebenswerte Welt ohne Altlasten hinterlassen. Auch zukünftige Generationen sollen Freude und Spass am Leben haben und es geniessen können!

1.1 Energie und Klima

Im Sinne der Nachhaltigkeit soll Energie primär in allen Bereichen effizient eingesetzt und gespart werden. Nicht verbrauchte Energie muss nicht erst auf irgendeine Weise hergestellt werden. Unsere Gesellschaft wird immer auf Energie als Schlüsselressource angewiesen sein. Diese soll mit modernsten und effizienten Technologien möglichst CO₂-neutral und erneuerbar produziert werden. (Stichworte: Wasserkraft, Holz, Solar, Wind, Biogas, Geothermie, Wärme-Kraft-Kopplung, Wasserstoff). Der Staat soll dies mit Investitionen in Forschung und Entwicklung, mit Lenkungsabgaben, Sensibilisierung der Bevölkerung und Vorbildfunktion steuern. Damit schonen wir unser Klima und erhalten den beschränkt vorhandenen Rohstoff Erdöl für unsere Zukunft.

Atomkraftwerke (AKW) sind mit ihren Risiken und der Abfallproblematik weder ökonomisch noch ökologisch eine Lösung. Es sollen weder neue AKWs gebaut, noch die bestehenden Betriebsbewilligungen verlängert werden. Die Endlagerfrage ist partizipativ anzugehen. Sobald ein klarer Beschluss zum Ausstieg gefallen ist, soll die zu lagernde Menge an hochaktiven Abfällen definiert werden und ein möglichst in der Schweiz gelegener, geeigneter Standort für ein geologisches Tiefenlager evaluiert werden.

1.2 Luft

Gute Luftqualität ist eine Grundvoraussetzung für unsere Existenz und Teil unserer Lebensqualität. Wir wollen deshalb, dass die Luftreinhalteverordnung (LRV) konsequent eingehalten wird (Ozon, Feinstaub, Kohlenwasserstoffe etc.) Die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen ist dringend notwendig, da längst absehbar ist, dass die

Emissionsziele sonst nicht erreicht werden. Sie muss in ihrer Höhe lenkend wirken. Ein Klimarappen darf nur als Ergänzung dienen.

1.3 Verkehr und Raumplanung

Wir wollen Wohnen, Freizeit, Einkaufen und Arbeiten näher zusammenbringen. Damit sinkt der Bedarf an Mobilität. Die nötige Mobilität in unserer Gesellschaft soll möglichst ökologisch abgewickelt werden. Eine ökologisch orientierte Raumplanung verhindert Fehlentwicklungen im Verkehr, die Umweltschäden zur Folge haben.

Eine nachhaltige Mobilität mit Kostenwahrheit berücksichtigt auch die externen Kosten. Sie fördert das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr (ÖV). Statt neue Strassen zu bauen, muss der öffentliche Verkehr gezielt gefördert werden. Das Auto soll verantwortungsvoll, massvoll und eigenverantwortlich eingesetzt werden. Unsere moderne Gesellschaft braucht ein gesundes Mass an sinnvoller Mobilität in allen Bereichen. Transitgüter gehören konsequent auf die Bahn, damit der Lastwagenverkehr nicht weiter zunimmt.

Zur Durchsetzung des Umweltrechtes bildet das Verbandsbeschwerderecht einen pragmatischen und wirksamen Ansatz, welcher bei Unterlassungen der Behörden greifen muss und nicht auf die Ebene von privaten Beschwerden delegiert werden soll.

1.4 Natur und Landwirtschaft

Wir wollen die Natur in ihren natürlichen, ursprünglichen, freien Landschaften schützen und die Artenvielfalt erhalten, daneben aber auch im Siedlungsraum wichtige Naherholungsgebiete und grüne Oasen schaffen. Die Agglomerationen um die grösseren Städte sollen auch in Zukunft noch attraktive Gebiete mit intakter Landschaft sein, in denen man wohnen, arbeiten und sich wohl fühlen kann. In den peripheren Gebieten ist eine hohe Rücksichtnahme auf die Landschaften als Erholungsgebiete nötig, trotzdem soll ein ökologisch verträglicher Tourismus Platz haben. Nur so können unsere Lebensqualität und die hohe Standortattraktivität des Kantons erhalten werden.

Wir befürworten eine gentechfreie, ökologische Landwirtschaft mit zeitgemässen Tierschutz, welche gesunde Nahrung produziert. Wir sind gegen reine Strukturhaltung und engagieren uns für eine Landwirtschaft die nach dem Motto ‚Qualität statt Menge‘ funktioniert.

Wir setzen uns ein für einen schonungsvollen Umgang des Wassers ein und befürworten die Renaturierung von Fliessgewässern.

2. Finanzen und Wirtschaft

Wir wollen einen Staat, der unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlässt. Er soll wie ein modernes Dienstleistungsunternehmen funktionieren. Er soll nicht weiter aufgeblasen und als Lösung bei allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen herangezogen werden (mehr Eigenverantwortung). Trotzdem stehen wir zu einem leistungsfähigen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Dazu gehören für uns alle Aufgaben im Bereich der Versorgungssicherheit der Bevölkerung (z.B. öffentliche Verkehrsmittel, Wasser, Strom). Privatisierungen von staatlichen Betrieben sollen defensiv angegangen und sorgfältig geprüft werden.

Von Wirtschaftsführern erwarten wir ethisch verantwortliches Handeln gegenüber Menschen und Umwelt.

Der Staat soll innovative KMU und Spinoffs (Wirtschaft) aktiv unterstützen und fördern, (z.B. mit Anreizen wie einer Innovationsrisikogarantie). Damit wird qualitatives, nachhaltiges Wachstum möglich.

Eine nachhaltige Politik umfasst auch die Finanzen. Der Staat soll nicht mehr ausgeben, als er einnimmt und klare Prioritäten bei den Ausgaben setzen. Notwendige Sanierungen des öffentlichen Finanzhaushaltes mit den bestehenden strukturellen Problemen, sollen mit gezielter Verzichtplanung erfolgen. Der Steuerfuss darf hier kein Tabu sein. Ziel muss auf allen Stufen ein langfristig stabiler Steuerfuss und antizyklisches Verhalten sein. Wir wollen das Fi-

nanzsystem mit einer ökologischen Steuerreform umbauen und insgesamt möglichst vereinfachen.

3. Soziales, Bildung und Gesundheit

3.1 Sozialwesen

In Notlagen sollen diejenigen Unterstützung erhalten, die sie für ein menschenwürdiges Leben brauchen. Der Staat soll Eigenleistung, Verantwortungsbewusstsein, Solidarität und Nachbarschaftshilfe fördern und nicht dem mündigen Individuum alle Verantwortung abnehmen. Staatliche Unterstützung soll mit Mass, Vernunft und immer mit Blick auf die Hilfe zur Selbsthilfe wahrgenommen werden. Dafür sind entsprechende Anreize zu schaffen.

3.2 Familie

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Familie und Erwerb sollen miteinander vereinbar sein, dazu braucht es vermehrt Angebote wie Tagesschulen, Mittagstische, Ergänzungsleistungen für Familien, und mehr Teilzeitstellen auf allen Stufen – auch für Männer. Der Staat soll den Familien nicht die Erziehungsaufgaben abnehmen, sie aber dabei unterstützen.

3.3 Asyl und AusländerInnen

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition: menschlich, vernünftig, ausgewogen und solidarisch. Wir brauchen kurze Verfahren. Missbräuche sind gezielt zu bekämpfen. SchweizerInnen und AusländerInnen müssen ihren Beitrag leisten und sich gegenseitig um Integration bemühen. Probleme der Integration müssen offen und pragmatisch angegangen werden.

Wir wollen eine gezielte Einwanderung ermöglichen – entsprechend den Bedürfnissen unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Im Sinne einer gezielten Entwicklungsarbeit sollen zudem befristete Aufenthalte für AusländerInnen aus armen Ländern zu Ausbildungszwecken möglich sein. Diese sollen nach ihrer Rückkehr das Erlernete in ihrem Heimatland anwenden.

3.4 Bildung und Schule

Bildung ist eine wichtige Ressource – diese Tatsache nehmen wir ernst! Wir brauchen eine umfassende und interkantonal abgestimmte Bildung mit gleichen Chancen für alle. Die Berufsbildung soll gestärkt werden und Jugendlichen eine solide Ausbildung gemäss ihren Fähigkeiten ermöglichen. Und in der Hochschulbildung und der Forschung soll besser koordiniert und nachhaltiger investiert werden. Damit können wir unseren Spitzenplatz weltweit halten und Arbeitsplätze schaffen.

3.5 Gesundheit

Die Grünliberalen setzen sich für ein bezahlbares Gesundheitssystem ein, welches die medizinische Grundversorgung gewährleistet. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit dem Leistungskatalog der Grundversicherung und den technischen Möglichkeiten der Lebensverlängerung.

Die Grünliberalen fordern die Gleichbehandlung von bewährten Methoden der Alternativ- mit jenen der Schulmedizin. Prävention statt teurer Reparatur, die Ursachen eliminieren statt Symptombekämpfung betreiben, sowie die Eigenverantwortung fördern.

3.6 Europa

Aus heutiger Sicht befürworten wir den bilateralen Weg. Eventuelle Erweiterungen der bilateralen Verträge auf neue EU Staaten müssen zu gegebener Zeit diskutiert werden. Ob weitere bilaterale Abkommen möglich sein werden, wird sich zeigen. Darum ist später ein Beitritt zur EU neu zu beurteilen. Dieser muss jedoch gut vorbereitet sein.